



Stadt Neubrandenburg

Tagesordnungspunkt

6

öffentlich

nicht öffentlich

Sitzungsdatum: 09.02.12

Drucksachen-Nr.: V/633

Beschluss-Nr.: 387/26/12

Beschlussdatum: 01.03.12

Gegenstand: Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017

Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung durch: Oberbürgermeister

Hauptausschuss

Betriebsausschuss

Stadtvertretung

Beratung im:

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Hauptausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Stadtentwicklungsausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Hauptausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Kulturausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Finanzausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Schul- und Sportausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Rechnungsprüfungsausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Sozialausschuss

<input checked="" type="checkbox"/>	17.01.12
-------------------------------------	----------

Betriebsausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Umweltausschuss

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Neubrandenburg, 04.01.12

Dr. Paul Krüger
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des § 22 Absatz 2 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern wird durch die Stadtvertretung Neubrandenburg nachfolgender Beschluss gefasst:

Das beigefügte Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017 wird bestätigt.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe beigefügtes Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit 2012 bis 2017.

Begründung:

Mit der rechtsaufsichtlichen Entscheidung des Innenministeriums M-V zur Haushaltssatzung 2010 und Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2015 der Stadt Neubrandenburg vom 12.11.10 wurde die Anordnung getroffen, im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Neubrandenburg auch das Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg fortzuschreiben. Wie im vorangegangenen Berichtsjahr wurde diesem Erfordernis durch die eingereichte Beschlussvorlage nachgekommen.



Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg

2012 bis 2017



NEUBRANDENBURG



Stadt der vier Tore am Tollensesee

Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL)

2012 bis 2017

Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg

Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg 2012 – 2017

1. Grundlage:

Gemäß §§ 64, 43 Abs. 3 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) besteht auch für den Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg bei einem nicht ausgeglichenen Erfolgsplan die Verpflichtung ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen.

Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern hat mit den rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2010 und Haushaltssicherungskonzept 2010-2015 der Stadt Neubrandenburg vom 12. November 2010 die Anordnung getroffen, das Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) für den Eigenbetrieb Immobilienmanagement fortzuschreiben. Gleichwohl der bisherigen positiven Bemühungen, wurde auf die besondere Bedeutung einer weiteren Stärkung der Wirtschaftlichkeit des SIM für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung hingewiesen. Der Eigenbetrieb kommt diesem Erfordernis durch die Fortschreibung des KSfL für die Jahre 2012 - 2017 im Zusammenhang mit der angeordneten Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) der Stadt Neubrandenburg nach.

Wirtschaftsplanung 2012 - Rahmenbedingungen

Wie in vorangegangenen Berichtsjahren wurden die Standards der Aufgabenerfüllung und der von der Stadtverwaltung in Anspruch genommene Leistungsumfang überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass im Berichtsjahr wie auch in den Vorjahren, aufgrund der Haushaltslage keine laufende Instandhaltung der Hochbauten, Straßen und Grünanlagen durchgeführt werden konnte, sondern lediglich Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Reparaturen. Demzufolge erweist sich eine weitere Absenkung dieses Standards als schwierig.

Die Inanspruchnahme der Leistungen der Stadtverwaltung regelt sich nach der Dienstanweisung zur internen Leistungsverrechnung zwischen den Teilhaushalten der Verwaltung und zur Leistungsverrechnung mit den Eigenbetrieben der Stadt Neubrandenburg (DA ILV/LV EB 1.10.05) und dem Katalog der Querschnittsaufgaben. Im Leistungsgebiet Bewirtschaftung von Hochbauten ist entsprechend einer Weisung des Innenministeriums wegen des nicht ausgeglichenen Haushaltes der Stadt die Kalkulation der Kaltmieten und Nutzungsentschädigungen der öffentlich genutzten Immobilien weiterhin ohne Abschreibungen und Eigenkapitalverzinsung vorgenommen worden. Die Bewirtschaftung von Straßen und Grünflächen wurde weiterhin von den nicht zu erhebenden Entgelten in Form von Benutzungsgebühren für das Stadtgrün oder das Straßennetz geprägt. Damit ist dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement auch im Jahr 2012 nicht die Möglichkeit eines ausgeglichenen Erfolgsplanes gegeben. Im Wirtschaftsplan 2012 wird ein Jahresverlust in Höhe von rund - 3,4 Mio. Euro prognostiziert. Dabei wurden die Auswirkungen der Kreisgebiets- und Funktionalreform berücksichtigt. In Umsetzung des Landkreisneuordnungsgesetzes (LNOG M-V) werden die Schulkomplexe und Sportstätten von 2 Gymnasien, 2 Beruflichen Schulen, 3 Förderschulen und einer integrierten Gesamtschule sowie die mit der Erfüllung der übertragenden Aufgabe im direkten Zusammenhang stehenden 15 Mitarbeiter (i. W. Schulhausmeister) zum Landkreis Mecklenburgische Seenplatte übergeben.

Landesvergleich

Im Landesvergleich zeigt die Stadt Neubrandenburg jedoch ein durch den Eigenbetrieb sehr gut geführtes Gebäudemanagement. Dies wurde zuletzt in der vorgelegten Studie des Institutes für angewandte Informatik im Bauwesen e.V. Wismar in Zusammenarbeit mit der Hochschule Wismar (gefördert durch das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern) vom November 2008 und dem daraus resultierenden Leitfaden zum kommunalen Gebäudemanagement in Mecklenburg-Vorpommern vom 28. Oktober 2009 bestätigt. Die Studie wies den Zusammenhang zwischen den Kosten und der Organisation der Gebäudebewirtschaftung nach und beschäftigte sich eingehend mit den zugrundeliegenden Prozessen. Im Ergebnis wurde der Stadt Neubrandenburg der professionellste Organisationsstand aller Beteiligten bescheinigt. Durch das vorhandene gute Gebäudemanagement wurden vor allem Einsparungspotentiale bei den Kosten genutzt. Im Städtevergleich zeigte Neubrandenburg in den Bereichen Instandhaltung und Bauunterhaltung sowie Reinigungsbewirtschaftung sehr niedrige Kosten. Im Bereich des Energiemanagements konnte auf ein zentrales Energiemanagement und ein fortgeschrittenes Vertragsmanagement verwiesen werden.

Damit konnte der Nachweis erbracht werden, dass sich beginnend mit rein organisatorischen Maßnahmen das Immobilienmanagement nachhaltig verbessern lässt. Alle bisherigen Schwachstellen, bspw. die dezentralen Strukturen, unbekannte Geschäftsprozesse, nicht vorhandene geeignete Softwarelösungen, schlechte Konditionen bei externen Dienstleistern durch mangelndes Vertragsmanagement, Reinigungsbewirtschaftung, Energiemanagement und wirkliche Kostenkontrolle konnten mit der Eigenbetriebsbildung beseitigt werden. Es wurden transparente und verbesserte Abläufe und Strukturen geschaffen, Steuerungsmöglichkeiten entwickelt, Kostentransparenz geschaffen und bereits nachhaltige Kosteneinsparungen erzielt. Auf dieser Basis wird weiter gearbeitet und nach weiteren Möglichkeiten gesucht, das wirtschaftliche Ergebnis weiter nachhaltig zu verbessern. Insgesamt hat sich die Zentralisierung unter kaufmännischen Bedingungen bereits als ein erfolgreiches Modell für die Immobilienbewirtschaftung erwiesen.

2. Ausgangs- und Entwicklungslage:

2.1. Erfolgsplan

Erfolgsplan	2009	2010	2011	2012
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
geplantes Jahresergebnis	-4.918	-3.906	-6.946	-3.422
Jahresergebnis IST	-3.522	-5.185		
Jahresergebnis voraussichtlich				
Umsatzerlöse	17.229	18.096	18.101	12.360
Bestandsveränderung	381	-114	-200	-200
Sonstige betriebliche Erträge	19.234	15.008	9.822	15.866
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.138	4.300	3.500	3.100
Zinserträge	143	30	35	12
Erträge aus Beteiligungen	564	580	363	0
Außerordentliche Erträge		166		
Summe Erträge/Einnahmen	40.689	38.066	31.621	31.138
Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.728	12.760	12.249	9.893
Personalaufwand	7.899	7.764	8.397	7.486
Abschreibungen	8.548	9.444	8.719	7.801
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.886	8.793	5.222	6.700
Zinsaufwand	4.028	3.998	3.854	2.540
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	-2	57	4
Sonstige Steuern	124	135	69	136
Außerordentliche Aufwendungen		359		
Summe Anwendungen/Ausgaben	44.211	43.251	38.567	34.560
Jahresgewinn/Jahresverlust	-3.522	-5.185	-6.946	-3.422

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2009 enthält Auflösungsbeträge für in Vorjahren gebildete Rückstellungsbeträge, deren Grundlage im Geschäftsjahr 2010 und den nachfolgenden Planjahren entfallen ist. Entgegen der Planung dieser Auflösungsbeträge im Jahr 2010 erfolgte die Auflösung bereits im Jahr 2009 und begründet die gegenläufigen Plan-Ist-Abweichungen dieser Jahre. Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen des Geschäftsjahres 2010 betreffen einmalige Anpassungen an das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG).

Das Planjahr 2012 zeigt den Rückgang von Mieten und Betriebskosten für im Rahmen der Kreisgebietsreform übergegangene Objekte. Dem gegenüber stehen Minderungen der Personalaufwendungen (Wegfall Personalkosten übergehendes Personal), der Materialaufwendungen (Wegfall der Betriebskosten und Instandhaltungsaufwendungen), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Minderung sonstige Verwaltungskosten), der Abschreibungen und der Aufwendungen für langfristige Zinsen (Wegfall Kapitaldienste).

2.2. Personalentwicklung

Die Personalentwicklung der Planjahre 2012 und Nachfolgende zeigt einen stetigen Rückgang der Personalstellen. In Erfüllung der Vorgaben des Landesrechnungshofes (hier überörtliche Prüfung der Stadt Neubrandenburg, Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes vom November 2010) werden die geforderten Einsparungen im Vergleich zum Basisjahr 2009 in der mittelfristigen Personalplanung durch den Abbau aufgrund von Altersteilzeit und Altersrente erfüllt. Wir verweisen auf Anlage 1 zum KSfL 2012-2017.

2.3. Übersichten der Kw-Vermerke 2012 - 2017

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl in VzÄ ohne ATZ	3,0					0,5	1,0	1,5
Anzahl in VzÄ mit ATZ	6,0	3,0	1,44	3,0	1,5	2,0	1,0	1,5

3. Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit aus dem KSfL für die Finanzplanungsjahre

Mit dem Wirtschaftsplan 2012 kann der Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg aufgrund der immer noch fehlenden vollständigen Einbeziehung von Abschreibungen in die Mietkalkulationen selbstgenutzter Hochbauten und fehlender Nutzungsentgelte für die Bewirtschaftung von Straßen, Verkehrs- und Grünanlagen einen ausgeglichenen Erfolgsplan nicht erreichen. Das KSfL trägt dazu bei, das Defizit zu verringern und weitere Optimierungsmaßnahmen zur allgemeinen

Sicherung der Haushaltslage beizusteuern. Ein wesentlicher Beitrag des Eigenbetriebes besteht darin, die kontinuierlich steigenden Aufwendungen für bezogene Leistungen von Dritten für die Immobilienbewirtschaftung so weit wie möglich durch eigene Rationalisierungsmaßnahmen zu kompensieren.

4. Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit

In den folgenden Anlagen werden die Sachstandsberichte aus den Maßnahmen des KSfL 2012 – 2017 und der Konsolidierungsbedarf für den Wirtschaftsplan 2012 – 2017 dargestellt.

Ergebnisjahr 2011 (vorbehaltlich dem Jahresabschluss)

Maßnahme - Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Erlöse in EUR	Kosten- einsparungen in EUR
2007/3	Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau	0	0
2007/16	Überprüfung der Entgelteingruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)	0	0
2007/19	Zinsmanagement - Zinssicherung	0	3.300
2010/2	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienste Druckerei und Beschaffung	0	47.900
2010/3	Prüfung der Optimierung der Auslastung von Sportstätten	0	134.000
2010/4	Prüfung von Förderungen nach SchwAV	0	29.200
2010/5	Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für 2 Anschlussgleise	0	0
2011/1	Senkung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün	0	0
2011/2	Ergebnisverbesserungen aus Parkraumbewirtschaftung	37.800	0
Gesamt		37.800	214.400
		<u>252.200</u>	

SIM - Zusammenstellung der Maßnahmen und deren wirtschaftlichen Auswirkungen

		Ausgangsjahr		Wirtschaftliche Auswirkungen					
		2012		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Maßnahme - Nr.	Maßnahme Bezeichnung	Erlöse	Kosten	voraussichtliche Auswirkungen					
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2007/3	Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau Prüfauftrag								
2007/16	Überprüfung der Entgelteingruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) Personalaufwand <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau</i> <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün</i> <i>davon Ergebnisverbesserung SIM</i>	0	7.486.000	0	0	0	0	0	0
2010/3	Prüfung der Optimierung der Auslastung von Sportstätten Materialaufwand <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau</i> <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün</i> <i>davon Ergebnisverbesserung SIM</i>	0	9.893.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
2010/4	Prüfung von Förderungen nach SchwAV Sonstige betriebliche Erträge <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau</i> <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün</i> <i>davon Ergebnisverbesserung SIM</i>	15.866.000	0	28.300	28.300	28.300	28.300	28.300	28.300
2011/1	Senkung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün Prüfauftrag								

		Ausgangsjahr		Wirtschaftliche Auswirkungen					
		2012		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Maßnahme - Nr.	Maßnahme Bezeichnung	Erlöse	Kosten	voraussichtliche Auswirkungen					
2012/1	Vereinbarung zur Grundstücksnutzung durch Fernwärmeanlagen Prüfauftrag								
2012/2	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienstleistungen durch die Veränderungen der Kreisgebietsreform Prüfauftrag								
2012/3	Reduzierung von Bewirtschaftungskosten Anschlussbahnen Prüfauftrag								
Insgesamt	Zusammenfassung aller Maßnahmen Gesamtvolumen der Einsparungen aller Maßnahmen <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau</i> <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün</i> <i>davon Ergebnisverbesserung SIM</i>			-78.300	-78.300	-78.300	-78.300	-78.300	-78.300
				-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
				0	0	0	0	0	0
				-28.300	-28.300	-28.300	-28.300	-28.300	-28.300

Maßnahme Nr.:	2007/3
Maßnahme-bezeichnung:	Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau
Erläuterung:	Prüfung von weiteren Einsparungspotentialen im Personalbereich und damit erzielbaren Minderungen beim Personalaufwand
Umsetzungsstand:	<p>Berichtsjahr 2011</p> <p>Durch bestätigte Altersteilzeitverträge und nicht erfolgte Wiederbesetzungen im Saldo von 5,3 VzÄ wurden im Berichtsjahr 2011 Einsparungen für Personalkosten erzielt, die im Erfolgsplan des Wirtschaftsjahres dargestellt sind.</p> <p>Die mittelfristige Erfolgsplanung des Eigenbetriebes berücksichtigt bis zum Jahr 2019 die Umsetzung von 6 VzÄ (ohne ATZ) mit kw-Vermerken. Unter Berücksichtigung der ATZ-Modelle sind 19,44 VzÄ ausgewiesen.</p> <p>Die Stellenausstattung bei einem IST-Stand zum 01.01.2012 von 149,02 VzÄ reduziert sich bis 2017 auf 135,02 VzÄ</p> <p>Die mittelfristigen Planung der Jahre 2013 bis 2015 weist eine Einsparung von 13 VzÄ und darüber hinaus 1 VzÄ im Folgejahr aus. Zusätzlich erfolgt der Abbau von auslaufenden ATZ-Stellen der Passivphase von insgesamt 13,44 VzÄ bis zum Jahr 2017.</p> <p>Für die weitere Einsparung von Personalaufwendungen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Umsetzung der nicht mit kw-Vermerken unteretzten Zielstellenplanung in allen Bereichen des Eigenbetriebes 2. die zeitnahe Umsetzung der Zielstellenplanung bis zum Berichtsjahr 2017 zu prüfen. <p>Weitere Einsparpotentiale sollen durch die Prüfung der Stellenreduzierungen von Overheadpersonal aufgrund der Aufgabenentwicklung nach dem Aufgaben- und Personalübergang im Zuge der Kreisgebietsreform erschlossen werden.</p> <p>Auf das Personalentwicklungskonzept (Anlage 1) wird verwiesen.</p> <p>Die Maßnahme wird als Prüfauftrag fortgeführt.</p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.: 2007/16
Maßnahme-bezeichnung: Überprüfung der Entgelteingruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)
Erläuterung: Nach den Strukturveränderungen im Eigenbetrieb sind neue Ansätze der Tätigkeitsmerkmale und Aufgaben zu prüfen und zu bewerten.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Im Rahmen von Umstrukturierungen und Neubesetzungen wurden in 2011 für 8 Mitarbeiter die Aufgaben neu bewertet und bei Neubesetzung angepasst. Die Veränderungen flossen in die berechneten Einsparungen zu Maßnahme 2007-3 ein.

Dabei bergen insbesondere betriebsbedingte Kündigungen bzw. Änderungskündigungen unkalkulierbare Risiken. Aufgrund der vorzunehmenden Sozialauswahl nach den Kriterien Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, Unterhaltsverpflichtungen und Schwerbehinderung ist die Einflussnahme darauf, wem gekündigt wird, nur sehr begrenzt gegeben und birgt das Risiko, dass die leistungsfähigsten und besser qualifizierten Beschäftigten dazugehören.

Die Maßnahme wird vor dem Hintergrund des im Zuge der Kreisgebietsreform erfolgten Aufgaben- und Personalüberganges fortgesetzt und findet rechnerische Berücksichtigung in den Einsparungen zu 2007-3.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2012-2017

Wirtschaftsjahr	Basis Plan 2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<small>(Angaben in EUR)</small>							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 6) Personalaufwand	7.486.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
<i>Reduzierung Mieten Sparte Hochbauten</i>							
<i>Reduzierung Zuschuss Sparte Straßen/Grün</i>							
Ergebnisverbesserung SIM		0	0	0	0	0	0

Maßnahme Nr.:	2007/19
Maßnahme-bezeichnung:	Zinsmanagement - Zinssicherung
Erläuterung:	Durch eine weitere Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements sollen insbesondere im Hinblick auf eine Sicherung der Zahlungsfähigkeit die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme von Krediten gesenkt werden.
Umsetzungsstand:	Berichtsjahr 2011
	Im Berichtsjahr konnten durch Absenkungen der Zinssätze und Laufzeitanpassungen insgesamt Einsparungen bei der Bedienung langfristiger Darlehen in Höhe von
	<u>3.300 EUR</u>
	erzielt werden.
	Im Jahr 2012 und im Folgejahr stehen keine weiteren Umschuldungen an. Die Maßnahme wird beendet.
	Wir verweisen auf die HSK Maßnahme 2006/1/4, in deren Erfüllung die Einführung eines Cashmanagements der Stadt Neubrandenburg mit den Eigengesellschaften und Eigenbetrieben der Stadt angestrebt wird.
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.: 2010/2

Maßnahme-bezeichnung: Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienste Druckerei und Beschaffung

Erläuterung: Die Leistungen der Druckerei sowie der zentralen Beschaffung werden im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hinsichtlich der Einsparungspotentiale bei Fremdvergabe der Aufträge untersucht.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Im Sachgebiet Verwaltungsdienste wurde die Beschaffung von Büromaterialien beginnend im 4. Quartal 2010 vollständig umorganisiert und nunmehr über eine Internetbestellplattform abgewickelt. Durch die volle Umsetzung der Maßnahme im Berichtsjahr konnten hohe Personalkosten und sonstige Sachkosten (kalkulatorische Mieten) eingespart werden.

Personalkosten	EUR	45.500
sonstige Sachkosten	EUR	2.400
Einsparung insgesamt	EUR	47.900

Die Maßnahme wird beendet und geht über in die Maßnahme 2012/2

Maßnahme Nr.: 2010/3
Maßnahme-bezeichnung: Prüfung der Optimierung der Auslastung von Sportstätten
Erläuterung: Die Nutzungszeiten und Auslastungen von Sportstätten und Sportkomplexen werden hinsichtlich einer möglichen Optimierung und damit verbundenen Kostenersparnis untersucht.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011
 Mit den derzeit vorgehaltenen Sportstätten und Sportplätzen werden der Schulsport sowie umfangreiche Angebote im Vereins- und Leistungssport abgesichert. Mittels einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wurde vor dem Hintergrund steigender Energie- und Bewirtschaftungskosten und unter Erhalt des derzeitigen Angebotsniveaus eine optimale Auslastung aller vorhandenen Kapazitäten erreicht.

Im Ergebnis konnten in Folge der Schließung von 2 Turnhallen (Ost II Leibnizstraße und TH Krämerstraße) zum Ende 2010 die Auslastung optimiert und Kosten der Bewirtschaftung für das Berichtsjahr 2011 wie folgt minimiert werden.

TH Ost II	EUR	47.700
TH Krämerstraße	EUR	86.300
Einsparung insgesamt	EUR	134.000

Die Maßnahme wird vor dem Hintergrund der Kreisgebietsreform für die verbleibenden Sporthallen fortgeführt.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2012-2017

Wirtschaftsjahr	Basis Plan 2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<small>(Angaben in EUR)</small>							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 5) Materialaufwand	9.893.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
<i>Reduzierung Mieten Sparte Hochbauten</i>		-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
<i>Reduzierung Zuschuss Sparte Straßen/Grün</i>							
Ergebnisverbesserung SIM							

Maßnahme Nr.: 2010/4
Maßnahme-bezeichnung: Prüfung von Förderungen nach SchwAV
Erläuterung: Nach SchwAV werden vom Integrationsamt Förderungen für Mitarbeiter mit Behinderungen bei Vorliegen bestimmter Anspruchsvoraussetzungen gewährt.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Im Bereich des Kulturparkes wurden in vorangegangenen Geschäftsjahren bereits Förderungen aus Förderprogrammen für die Eingliederung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen gewährt. Die weitere Förderung durch entsprechende Anschlussprogramme und die mögliche Förderung weiterer Mitarbeiter durch ähnliche oder neu aufgelegte Förderprogramme ist unter Abprüfung der erforderlichen Anspruchsvoraussetzungen zu ermitteln.

Entsprechende Förderanträge wurden gestellt und in Teilen für das Berichtsjahr bewilligt. Die Bewilligung der Mittel hängt neben einer positiven Antragsprüfung und Bescheidversendung auch von der Höhe der von Land und Bund bereitgestellten Fördersumme und Förderquote ab.

Einsparung insgesamt EUR 29.200

Die Maßnahme wird weitergeführt.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2012-2017

Wirtschaftsjahr	Basis Plan 2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<small>(Angaben in EUR)</small>							
Position Erfolgsplan SIM							
zu 4) sonstige betriebliche Erträge	15.866.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
<i>Reduzierung Mieten Sparte Hochbauten</i>							
<i>Reduzierung Zuschuss Sparte Straßen/Grün</i>							
Ergebnisverbesserung SIM		28.300	28.300	28.300	28.300	28.300	28.300

Maßnahme Nr.:	2010/5
Maßnahme-bezeichnung:	Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für 2 Anschlussgleise
Erläuterung:	Durch Fremdvergabe der Bewirtschaftung für zwei weitere Anschlussgleise an einen Betreiber werden Bewirtschaftungskosten gemindert.
Umsetzungsstand:	Berichtsjahr 2011
	<p>Im Geschäftsjahr 2009 wurde das Anschlussgleis Weitin an einen Betreiber unter Abschluss entsprechender Entgeltverträge übergeben. Für zwei weitere Anschlussgleise ist daher ebenfalls eine Fremdvergabe unter der Zielvorgabe einer Reduzierung von Bewirtschaftungsaufwendungen zu prüfen.</p> <p>Eine entsprechende Anfrage des bereits bestehenden Vertragspartners wurde geprüft. Hierzu werden Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt und entsprechende Gespräche geführt.</p> <p>Im Ergebnis ist ein Betreiberwechsel aufgrund der Förderschädlichkeit für ausgereichte Fördermittel und die damit verbundenen Rückzahlungspflicht nicht anzustreben.</p> <p>Die Maßnahme wird beendet und geht über in die Maßnahme 2012/3.</p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.:	2011/1
Maßnahme-bezeichnung:	Senkung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün
Erläuterung:	Prüfung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün und möglicher Einsparungen durch Absenkungen bisheriger Standards und Leistungsumfänge
Umsetzungsstand:	Berichtsjahr 2011 Im Bereich Straße/Grün ist das bisherige Leistungs- und Pflegeniveau zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und der Wohnqualität der Stadt geboten. Weitere Einsparungen sind nur durch die Absenkung der bisherigen Standard möglich. Hierzu werden Prüfungen und die Abstimmung mit allen Interessenspartnern u.a. zu den nachfolgenden Sachverhalten durchgeführt. <u>Prüfung von Reinigungsklassen Straßenreinigung/Winterdienst</u> Mit Wirkung vom 01.05.2011 trat in Überprüfung der Reinigungsklassen eine geänderte Straßenreinigungssatzung in Kraft. Der geplante Leistungsumfang deckt lediglich die Anforderungen an die Verkehrssicherheit, so dass Standardabsenkungen nicht möglich sind. <u>Bewirtschaftung von Grünflächen, Spielplätzen, Wanderwegen</u> Eine Bestandsanalyse der kommunalen Spielplätze wird erhoben und ein Standortentwicklungskonzept erarbeitet. <u>Bewirtschaftung von Strandbädern/ Schiffanlegern/ Stegen</u> Die Maßnahme wird als Prüfauftrag fortgeführt.
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.: 2011/2
Maßnahme-bezeichnung: Ergebnisverbesserungen aus Parkraumbewirtschaftung

Erläuterung: Prüfung von Maßnahmen zur Verbesserung der Parkraumbewirtschaftung und daraus erzielbarer Mehrerlöse

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Neben der Prüfung der Erschließung weiterer Flächen zur Parkraumbewirtschaftung erfolgte eine Prüfung bestehender Tarifstrukturen, Parkgebühren und weiterer Nutzungsbedingungen der Parkraumbewirtschaftung.

Am Parkplatz an der Schwimmhalle wurde Kurzzeitparken eingeführt und Gebühren für das Dauerparken erhoben. Durch die Änderung der Parkgebührenordnung konnten durch Verlagerung von Parkzeiten und Gebührenhöhen die Einnahmen aus Parkscheinautomaten erhöht werden.

Umschilderung PP Schwimmhalle	EUR	12.700
-------------------------------	-----	--------

Umstellung Parkscheinautomaten	EUR	25.100
--------------------------------	-----	--------

Einnahmen insgesamt	EUR	37.800
----------------------------	------------	---------------

Die Maßnahme wird beendet.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2012-2017

Maßnahme Nr.:	2012/1
Maßnahme-bezeichnung:	Vereinbarung zur Grundstücksnutzung durch Fernwärmeanlagen
Erläuterung:	Die Gestattung der Fernwärmeversorgung der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH auf öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt Neubrandenburg soll durch eine vertragliche Vereinbarung geregelt werden, die die Grundlage für die Erhebung von Nutzungsentgelten darstellt.
Umsetzungsstand:	<p>Den Neubrandenburgern Stadtwerke wurde der erarbeitete Entwurf eines Gestattungsvertrages für die Fernwärmeversorgung auf öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt Neubrandenburg übersandt.</p> <p>Die Erarbeitung und der Abschluss einer vertraglichen Grundlage ermöglicht in Folge die Vereinnahmung von Nutzungsentgelten.</p> <p>Die Maßnahme besteht als Prüfauftrag.</p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.:	2012/2
Maßnahme-bezeichnung:	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienstleistungen durch die Veränderungen der Kreisgebietsreform
Erläuterung:	Die Leistungen der Druckerei sowie die Auslastung des Fuhrparks werden im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hinsichtlich des notwendigen Leistungsumfanges geprüft.
Umsetzungsstand:	<p>Durch den Personen- und Aufgabenübergang im Zuge der Kreisgebietsreform sind die Vorhaltung des Fuhrparkes und der Leistungen der Druckerei zu prüfen und an die Verringerung des Leistungsumfanges anzupassen</p> <p>Dabei sind Einsparpotentiale durch Verringerung der Fahrzeuge des Fahrzeugpools im Rahmenvertrag und der Druckmaschinen unter Sicherstellung des Leistungsumfanges für die verbleibenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Eigenbetriebes zu prüfen.</p> <p>Prüfauftrag</p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.:	2012/3
Maßnahme-bezeichnung:	Reduzierung von Bewirtschaftungskosten Anschlussbahnen
Erläuterung:	Durch bauliche Veränderungen an den Gleisanlagen sollen Bewirtschaftungskosten gesenkt werden. Für die investiven Kosten sind finanzielle Mithilfen von Beteiligten einzuholen.
Umsetzungsstand:	<p>Mit dem Bau eines Gleisbogens (voraussichtlich ab 2013) können etwa 2,5 km bestehende Gleisinfrastruktur und 2 Brücken über die Datze zurückgebaut werden. Dadurch verringert sich nach Fertigstellung des Gleisumschlusses der Bewirtschaftungsaufwand für die verbleibende Infrastruktur.</p> <p>Hierzu wird ein Investitionssicherungsvertrag für den Bau des Gleisbogens mit dem Landreis Mecklenburgische Seenplatte abgeschlossen und Fördermittelanträge an das Land Mecklenburg-Vorpommern gestellt.</p> <p>Eine Entwurfsplanung für die Verkehrsanlage wird beauftragt.</p> <p>Die Maßnahme besteht als Prüfauftrag.</p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

PERSONALENTWICKLUNGSKONZEPT 2012 und folgende Jahre

Eigenbetrieb Städtisches Immobilienmanagement

Ermittlung Sollstellenausstattung (alle Angaben in VzÄ)

Mittelfristige Planung über altersbedingte Ausscheiden von MA (unberücksichtigt sind Vergaben mit Betriebsübergängen nach § 613a BGB)

und unter der Annahme der Bewirtschaftung der übergegangenen Objekte für den Landkreis MSP für 2012

<i>Informativ</i>				KSfL 2012 - 2017					
		VzÄ 2010	VzÄ 2011	VzÄ 2012	VzÄ 2013	VzÄ 2014	VzÄ 2015	VzÄ 2016	VzÄ 2017
9.00	Betriebsleitung	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
9.00.10	Bereich Sekretariat	4,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
9.00.20	Bereich Controlling	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
9.00.30	Bereich Rechnungswesen	9,00	9,00	8,50	8,50	8,00	8,00	7,00	7,00
9.00.40	Bereich Grundstücksverkehr	3,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00
9.00	Gesamtsumme Betriebsleitung	20,00	20,00	19,50	19,50	19,00	19,00	18,00	18,00
9.10.00	Abteilung Geodatenservice	5,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
9.10.20	SG Vermessung/Bodenordnung	5,00	5,00	5,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00
9.10.30	SG Geoinformation	4,00	4,00	4,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
9.10	Gesamtsumme Abteilung Geodatenservice	14,00	12,00	12,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
9.20.00	Abteilung Bewirtschaftung	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
9.20.10	SG Bewirtschaftung Hochbauten	6,00	6,00	8,50	8,50	7,50	7,50	7,50	7,50
9.20.20	SG Straßen- und Gleisverwaltung	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
9.20.30	SG Unterhaltung/Betrieb Grünflächen	10,00	10,00	10,00	9,00	8,00	8,00	8,00	8,00
9.20.40	SG Verwaltungsdienste Rathaus	8,50	5,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9.20	Gesamtsumme Abteilung Bewirtschaftung	36,50	33,75	30,50	29,50	27,50	27,50	27,50	27,50
9.40	Gesamtsumme Abteilung Projektmanagement/Technik	16,00	16,50	15,50	14,50	14,50	14,00	14,00	14,00
9.50.00	Abteilung Service	15,00	15,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00
9.50.10	SG Bauhof, Grün-/Freiflächen	24,65	23,65	20,65	17,65	17,65	17,65	17,65	17,65
9.50.20	SG Immobilienservice	21,56	20,56	16,87	15,87	15,37	15,37	15,37	15,37
9.50.30	SG Hausmeisterdienste	27,97	27,42	20,00	19,50	19,50	18,50	18,50	18,50
9.50	Gesamtsumme Abteilung Service	89,18	86,63	71,52	67,02	66,52	65,52	65,52	65,52
	Gesamtsumme SIM (ohne ATZ)	175,68	168,88	149,02	140,52	137,52	136,02	135,02	135,02
	Veränderung zum Vorjahr				-8,50	-3,00	-1,50	-1,00	0,00
	Veränderung zum Basisjahr 2012 - kum.				-8,50	-11,50	-13,00	-14,00	-14,00
9.	ATZ - Freistellung SIM insg.	9,00	10,50	13,44					
	Gesamtsumme SIM (mit ATZ)	184,68	179,38	162,46					
	Veränderung zum Vorjahr		-5,30	-16,92					

Herausgeber:

**Stadt Neubrandenburg
Der Oberbürgermeister**

Friedrich-Engels-Ring 53
17033 Neubrandenburg

www.neubrandenburg.de
stadt@neubrandenburg.de